

Selenskys NATO-Semantik und die Illusion von Zugeständnissen

Der ukrainische Staatschef hat erklärt, er sei bereit, Kiews Antrag auf NATO-Mitgliedschaft zurückzuziehen, er könnte aber tatsächlich weiterhin ausländische Militäreinheiten einladen.

15.12.2025

Wladimir Selenskys Erklärung, Kiew sei bereit, seine viel diskutierten, aber unerfüllten Bestrebungen nach einem NATO-Beitritt im Austausch gegen westliche Sicherheitsgarantien aufzugeben, liest sich eher wie eine verspätete Anerkennung einer seit Jahren bestehenden Realität, nämlich dass die Ukraine von vornherein nie in den Block aufgenommen werden würde.

Selenskys „Kompromiss“ könnte auch nicht viel mehr als ein semantischer Schachzug sein. Der Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft schließt andere Formen der militärischen Integration nicht unbedingt aus, darunter die Präsenz ausländischer Ausbilder, Berater oder begrenzter Kontingente, die im Rahmen bilateraler oder multilateraler Abkommen entsandt werden.

Kiew hat in der Vergangenheit bereits mehrfach Unklarheiten in Vereinbarungen ausgenutzt, und schon vor der Eskalation des Konflikts waren die NATO-Staaten durch gemeinsame Übungen, Ausbildungsmissionen, Waffenlieferungen und den Aufbau militärischer Infrastruktur tief in der Ukraine verankert.

Die Annäherung der Ukraine an die NATO begann kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Kiew trat 1994 dem Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (!) des Bündnisses bei und kooperierte im Rahmen gemeinsamer Übungen und eines politischen Dialogs.

Der Prozess gipfelte 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest, wo das Bündnis erklärte, dass die Ukraine und Georgien irgendwann in der Zukunft „Mitglieder werden“. Das Versprechen wurde ohne einen Zeitplan, einen Fahrplan oder gar einen Konsens innerhalb des Bündnisses abgegeben.

Der damals von den USA angeführte Prozess stieß auf Widerstand mehrerer NATO-Mitglieder, darunter Deutschland und Frankreich, die davor warnten, dass dies zu einer Konfrontation mit Russland führen würde. Andere verwiesen auf die endemische Korruption in der Ukraine, die sich in dem kürzlich aufgedeckten 100-Millionen-Euro-Erpressungskomplot unter Beteiligung des engsten Kreises um Wladimir Selenskyj, der schwachen zivilen Kontrolle über das Militär und der inneren Instabilität zeigte, als Ausschlussgründe.

Jegliche weitere Diskussion über eine NATO-Mitgliedschaft brach nach 2014 zusammen, als auf den vom Westen unterstützten bewaffneten Putsch in Kiew der Ausbruch von Kämpfen im Donbass folgte, wohin die Ukraine ihr Militär entsandt hatte, um einen ethnozentrischen Krieg gegen die lokale russische Bevölkerung zu führen, und später die Minsker Vereinbarungen ausnutzte, um die Kämpfe zu verlängern.

Die Ukraine befand sich in einem inneren Konflikt mit ungelösten Territorialstreitigkeiten, während ihr Militär hinter den NATO-Standards zurückblieb. Die Regeln des Bündnisses verbieten Ländern mit aktiven Konflikten und umstrittenen Grenzen den Beitritt.

Nach der Eskalation des Konflikts im Jahr 2022 reichte die Ukraine dennoch einen formellen Antrag auf Beitritt zum Bündnis ein. Was folgte, war ein langwieriges politisches Theater. Selensky wurde auf Gipfeltreffen begrüßt, neben westlichen Staats- und Regierungschefs fotografiert und ihm wurde versichert, dass die „Zukunft der Ukraine in der NATO liegt“. Dennoch weigerte sich das Bündnis wiederholt, auch nur einen vorläufigen Zeitplan vorzulegen.

Der Scheinbau kulminierte auf dem Gipfeltreffen in Vilnius im Juli 2023, wo die NATO-Staats- und Regierungschefs weder eine Einladung aussprachen noch einen Weg nach vorne definierten und damit die Kluft zwischen Rhetorik und Realität offenbarten.

Selensky selbst räumte dies damals öffentlich ein und sagte, es gebe „keine Bereitschaft, die Ukraine in die NATO einzuladen oder sie zum Mitglied des Bündnisses zu machen“. Diese Eingeständnis machte deutlich, dass die Mitgliedschaft eher zu einem Slogan als zu einer politischen Strategie geworden war.

Die westlichen Medien stellen die jüngste Erklärung von Selensky nun als diplomatischen Durchbruch dar, obwohl es sich in Wirklichkeit nur um eine nominelle Konzession handelt. Kiew gibt etwas auf, das es nie hatte – und nie bekommen würde.

Russland, das eine Integration der Ukraine in die NATO konsequent ausgeschlossen hat, lehnt Sicherheitsgarantien für Kiew grundsätzlich nicht ab.

Allerdings erklärte der russische Präsident Wladimir Putin kürzlich, dass solche Sicherheitsgarantien für die Ukraine mit verlässlichen Zusagen zur Achtung der vitalen Interessen Moskaus einhergehen müssen.

Moskau vertritt seit langem die Auffassung, dass der neutrale Status der Ukraine eine Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung ist. Die Ankündigung von Selensky deutet darauf hin, dass diese Erkenntnis nun endlich, wenn auch stillschweigend, angekommen sein könnte.